



bue Erbach
Leitung Bürgerinitiative
Im Herrenrott 20
D-64711 Erbach
Tel.: +49 (0)6062 260 606
Email: bue@greiffer.com

19. März 2011

Einstellung Planfeststellungsverfahren Umgehung Erbach

Die Stadtverordnetenversammlung Erbach hat am Dienstag, den 15. März, fraktionsübergreifend und mit großer Mehrheit dem Land Hessen, bzw. der Bundesrepublik empfohlen, das laufende Planfeststellungsverfahren zur „Umgehung Erbach“ (UE) einzustellen.

Der zu diesem Beschluss veröffentlichte Pressebericht vom 17.03.2011 (Umgehung ist Geschichte) erfasst leider nicht alle Aspekte, die eine große Mehrheit der Erbacher Stadtverordneten zu ihrer Ablehnung der UE und Befürwortung der neuen B45-Konzeption bewogen haben. Deshalb sieht sich die Bürgerinitiative dazu veranlasst, eine ausgewogene Darstellung dieser Beschlusslage zu geben, um bei den Bürgern kein falsches Bild der Begründungslage zu hinterlassen.

- 1) In o. a. Bericht wird keineswegs der Eindruck erweckt, dass nun eine gute, effektive und preisgünstige Lösung der Verkehrsproblematik auf der B45-Ortsdurchfahrt gefunden und auf den Weg gebracht wurde, sondern es erscheint mehr die Überzeugung, dass eine alte, gute Lösung dem Interesse einer Bürgerinitiative geopfert wurde.
- 2) Es war eben nicht so, dass sich die Stadtverordneten-Mehrheit der Interessenvertretung der „bue“ gebeugt hat, wie die Fraktionsvorsitzenden Rodemich CDU und Ihrig ÜWG dies darstellen, sondern dass die von der „bue“ betriebene Aufklärung über die Belastungen der Bürger und der Stadt, und das genaue Ermitteln der tatsächlichen Verkehrszahlen dazu geführt haben, den Zweck und die Ziele der UE zu hinterfragen und nach neuen Lösungen zu suchen, was auch in den Beiträgen anderer Abgeordneter zum Ausdruck kam.
- 3) Das neue Konzept der B45-Ortsdurchfahrt, das in beeindruckender Weise von unserem Stadtbaumeister La Meir entworfen wurde, ist keineswegs eine Notlösung, sondern ein Glücksfall und nimmt mit geringem Kostenaufwand auch einen Großteil der Belastung der jetzigen B45-Anlieger und der Stadt.
 - a. So fallen 15 Ampel-Paare weg, die bis jetzt für ein ständiges „Stop and Go“ auf der B45 sorgen und die Anlieger mit erhöhtem CO²-Ausstoß und Lärm belasten. Die zukünftige Gestaltung wird diese Belastung mittels eines durchgehend stockungsfreien Verkehrsflusses vermeiden.
 - b. Die Kreisel und die teilweise begrünten Mittelstreifen werden nicht nur die Attraktivität der Stadt und den Wert der Anlieger-Grundstücke erhöhen,

sondern auch die Verkehrsgeschwindigkeit drosseln und damit mehr Verkehrssicherheit erreichen.

- c. Wenn bei der neuen Lösung der neu entwickelte Düsseldorfer Flüsterasphalt aufgetragen wird, der auch bei einer Geschwindigkeit von 50 km/h wirkt, mindert sich die dortige Lärmbelastung um 7 bis 9 dB. D. h. 100 Kraftfahrzeuge sehen, aber nur 25 hören. Das blieb in der Stadtverordnetenversammlung leider gänzlich unerwähnt.
 - d. Einzig Bgm. Buschmann wies auch auf die Nachteile hin, die eine Verwirklichung der UE mit sich gebracht hätte:
 - e. die Stadt wäre für die Erhaltung der jetzigen B45-Ortsdurchfahrt (dann Ortsstraße) zuständig, was neben den hohen Wartungskosten allein für die 15 wegfallenden Ampel-Paare jährlich einen 6-stelligen Betrag kosten würde.
 - f. die Anlieger müssten sich außerdem zukünftig bei einer Straßen-Grundsanierung an den Kosten beteiligen, was für jeden Einzelnen einige Tausend Euro bedeuten würde.
- 4) Die Finanzierung der neuen Lösung ist von Herrn Rodemich als großes Problem dargestellt worden, obwohl ihm bekannt sein müsste, dass unser Bürgermeister im Vorfeld bereits erhebliche Weichenstellungen vorgenommen hat, die die finanzielle Beteiligung der Stadt auf eine geringe Kostenbeteiligung heruntergefahren hat.

Die o. a. Aspekte waren den meisten Stadtverordneten gut bekannt und haben sie zur mehrheitlichen Abstimmung gegen die UE und für das neue Konzept bewogen. Das Abstimmungsergebnis mit der einseitigen Darstellung zu begründen, dass sich ein Teil der Stadtverordneten für die belasteten Bürger der B45-Ortsdurchfahrt und der andere Teil gegen die zukünftige Belastung der Bürger in Erbach West entschieden haben, ist also sehr eng und einseitig und wird weder den Stadtverordneten noch dem Magistrat oder dem Erbacher Bürgermeister gerecht.

Die Bürgerinitiative Umgehungsstraße Erbach (bue) ist vor 3 Jahren angetreten, die unsägliche Trasse einer Ortsumgehung quer durch Erbach zu verhindern.

Da dieses Ziel nun erreicht ist, bedankt sich die bue bei allen, die durch Mitarbeit, ideelle Unterstützung, Unterschriften oder Spenden dieses Ergebnis mit beeinflusst haben.

Mit Beharrlichkeit, Aufklärung von Fakten, Gegenüberstellung von „Pro“ und „Contra“ und vor allem mit ehrlichen Gesprächsangeboten können viele Menschen viel erreichen, so der Sprecher der Bürgerinitiative Michael Barth.

Die bue bittet deshalb alle Bürgerinnen und Bürger weiterhin um Unterstützung. „Wir wollen auch in Zukunft durch unser Mitwirken in der Kommunalpolitik die Arbeit von Politik und Verwaltung hellwach und konstruktiv begleiten.“

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Barth